

Mandantenhinweis zum Datenschutz

Aufklärung gem. Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und Einwilligungserklärung zur Weiterverarbeitung Ihrer Daten gem. Art. 6 DSGVO

Sehr geehrte Mandantin, sehr geehrter Mandant,

anbei darf ich Sie gem. Art. 13 DSGVO über die Weiterverarbeitung Ihrer Daten informieren.

Ihr Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten bin ich:

Rechtsanwalt Carsten Sauer, Weidenbornstr. 41, 65189 Wiesbaden

Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage: Die Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt gem. Art. 6 Nr. 1 Buchst. b) DSGVO ausschließlich zum Zweck der Rechtsverfolgung im Rahmen des Mandats. Der von mir verfolgte Zweck der Datenverarbeitung ist die Geltendmachung Ihrer Rechte und der Beitreibung Ihrer Forderungen. Die Verarbeitung Ihrer Daten ist für die Erfüllung unseres Vertrags erforderlich, da ich ansonsten das Mandat nicht ordnungsgemäß betreiben könnte und hierzu auch die Kommunikation gehört. Darüber hinaus ist die Datenverarbeitung nach Art. 6 Nr. 1 Buchst. f) DSGVO zur Wahrung meiner berechtigten Interessen oder der eines Dritten erforderlich. Meine berechtigten Interessen bestehen in Zusammenhang mit der Geltendmachung und Beitreibung der Forderung und abschließenden Rechnungslegung.

Datenkategorien und Datenherkunft: Ich verarbeite nachfolgende Kategorien von Daten: Stammdaten, Kommunikationsdaten, Vertragsdaten, Buchungsdaten, Forderungsdaten, Vermögenswertdaten – insbesondere können dies folgende Daten sein:

- Anrede, Vorname, Nachname, Anschrift,
- Telefonnummern (Festnetz und/oder Mobilfunk und/oder dienstliche)
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Geburtsdatum und -ort
- Beruf / ausgeübte Tätigkeit
- Arbeitgeber
- Kontoverbindung
- Vermögensverhältnisse
- Versicherungsdaten (Rechtsschutzversicherung u.a.) und zur Abrechnung notwendige Daten
- Grund und Umfang der Mandatierung
- Informationen und Unterlagen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind (hierbei handelt es sich ggf. auch um Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person) sowie die mit Ihnen gewechselte Korrespondenz in elektronischer oder schriftlicher Form.

Diese Daten werden mir von Ihnen oder mit ihrer Einwilligung übermittelt.

Empfänger: Ihre Daten werde ich ausschließlich im Rahmen der Mandatsanbahnung bzw. der Bearbeitung des Mandats verarbeiten und ggf. folgenden Kategorien von Empfängern, denen die personenbezogenen Daten offenzulegen sein werden, übermitteln, sofern dies zur Geltendmachung der Forderung erforderlich ist: Behörden (z.B. Gerichte, Gerichtsvollzieher, Einwohnermeldeämter), Drittschuldnern, Prozessbevollmächtigten (von Gegnern, Drittschuldnern, sonstigen Dritten), Rechtsanwälten (z.B. Unterbevollmächtigte, Verkehrsanwälte), Abtretungsempfängern, Arbeitgebern, Versicherungen und ggf. weiteren Dritten (z.B. Steuerberater, Finanzamt usw.).

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Dauer der Speicherung: Die im Rahmen der Mandatsanbahnung bzw. der Bearbeitung des Mandats erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind nach (derzeit gilt eine 10-jährige Aufbewahrungsfrist nach § 147 Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1, 4 und 4a AO, § 14b Abs. 1 UStG) oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Rechte der betroffenen Person:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- Gemäß Art. 13 Nr. 2 Buchst. c) i. V. m. Art. 21 DSGVO steht Ihnen auch ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung zu, das auf Art. 6 Nr. 1 Buchst. f) DSGVO beruht.
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde: Sie haben gem. Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Die Anschrift der für meine Kanzlei zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden
Telefon: +49 611 1408 - 0
Telefax: +49 611 1408 - 611

Einwilligungserklärung:

Ich habe die vorgenannten Informationen zum Datenschutz gem. Art. 13 DSGVO nebst meinen Betroffenenrechten gelesen.

Hiermit willige ich in die Verarbeitung meiner für die Mandatsanbahnung bzw. Durchführung der Mandatsbearbeitung erforderlichen personenbezogenen Daten (z. B. Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummern, Geburtsdatum, Beruf, Familienstand, Unterhaltsverpflichtungen, Alter Arbeitgeber, Rechtsschutzversicherung, Bankverbindung, etc.) durch Rechtsanwalt Carsten Sauer und Mitarbeiter/innen der Kanzlei, ein. Soweit zur Mandatsbearbeitung erforderlich, dürfen auch die besonders geschützten Daten nach Art 9 Datenschutzgrundverordnung (Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person) verarbeitet werden. Ich willige ferner in die Weitergabe dieser Daten an Rechtsanwaltskollegen/innen, welche zur Vertretung in meiner Sache durch Rechtsanwalt Sauer beauftragt werden, ein. Zweck der Datenverarbeitung und –weitergabe ist die Rechtsberatung und die außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensführung einschließlich des Geschäfts- und Schriftverkehrs mit Arbeitgebern, Behörden und Gerichten.

Diese Einwilligung kann jederzeit durch Erklärung in Textform gegenüber Rechtsanwalt Carsten Sauer, Weidenborsnstraße 41, 65189 Wiesbaden widerrufen werden. Es genügt dazu eine E-Mail an: info@ra-sauer.com oder ein Fax an 0611 – 409188. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt (§ 51 Abs. 3 S. 2 BGG i.V.m. Art. 7 Abs. 3 S. 2 DSGVO).

Ein Exemplar (diese Seite) dieser Erklärung sowie ein Hinweisblatt (die Seiten 1-2) zur Datenverarbeitung wurde mir ausgehändigt

Ort, Datum

Unterschrift Mandant

Ferner willige ich ein, dass die Kommunikation mit mir per unverschlüsselter E-Mail erfolgt.

Ort, Datum

Unterschrift Mandant

Außergerichtliche Vollmacht

in Arbeitsrechtssachen

Rechtsanwalt
Carsten Sauer
Weidenbornstraße 41
65189 Wiesbaden
wird hiermit in Sachen

gegen

und weitere Beteiligte

wegen

Vollmacht erteilt. Der Rechtsanwalt darf im Zusammenhang mit der oben unter „wegen“ genannten Angelegenheit

Vollmacht erteilt. Der Rechtsanwalt darf im Zusammenhang mit der oben unter „wegen“ genannten Angelegenheit insbesondere

1. außergerichtliche Verhandlungen führen, Vertragsverhältnisse begründen und aufheben;
2. Willenserklärungen wie Kündigungen entgegennehmen und selbst abgeben, Zustellungen entgegennehmen und selbst bewirken;
3. Strafanträge stellen und zurücknehmen oder den Mandanten im Strafverfahren als Nebenkläger vertreten;
4. die außergerichtlichen Verhandlungen durch Vergleich, Anerkenntnis oder Verzicht teilweise oder vollständig beenden;
5. die Vollmacht ganz oder teilweise auf andere Rechtsanwälte übertragen, also Untervollmacht erteilen;
6. Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere auch die Sache selbst, um die sich die Parteien streiten, entgegennehmen;
7. Akteneinsicht nehmen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Mandant)

Ich bestätige, ausdrücklich vor Abschluss der Vereinbarung über die Vertretung darauf hingewiesen worden zu sein, dass in arbeitsgerichtlichen Angelegenheiten erster Instanz auch für die obsiegende Partei kein Anspruch auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines/einer Prozessbevollmächtigten oder Beistandes besteht. Ich bin außerdem darauf hingewiesen worden, dass ich auch selbst auftreten oder mich durch einen Verbandsvertreter vertreten lassen kann.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Mandant)